

Fazit aus dem Transformationskongress 2012

Statements in der Podiumsdiskussion am 9. Juni 2012, Berliner Congress Center

von Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Für mich stellte sich gestern immer wieder die Frage: Warum machen wir diesen Kongress erst jetzt? Sind wir nicht zehn Jahre zu spät dran? Warum haben wir ihn nicht gemacht in der Zeit, in der zentrale und auch falsche Weichenstellungen erfolgten, mit denen wir heute konfrontiert sind? Denn so viel ist klar: Wir sind mit einem Prozess konfrontiert, der seit Jahrzehnten läuft. Innerhalb dieses Prozesses wird so getan, als hätte Ökologie und soziale Teilhabe einen hohen Stellenwert. In Wirklichkeit ist der Prozess darauf angelegt, in immer kürzerer Zeit brutal die Ressourcen dieser Erde auszubeuten, ob das menschliche oder immaterielle Ressourcen sind.

Und es ist klar, dass wir nur eine Chance haben, diesen Prozess zu stoppen, wenn wir als große gesellschaftliche Bewegungen zusammenstehen und diesen Zusammenhalt auch nach außen dokumentieren. Das heißt, ein Bollwerk bilden gegen den nach wie vor anhaltenden Neoliberalismus.

Was wir in Rio de Janeiro diskutieren werden, ist keine tatsächliche Green Economy, die es ernst meint. Sondern es ist eine grün angestrichene Ökonomie, die letztendlich nur so tut, als ob – Und die uns damit noch rascher an den Abgrund bringt.

Besonders erhellend war für mich das Referat von Richard Wilkinson. Ich vertrete zwar auch schon seit vielen Jahren die These, dass die ökologische Frage und die soziale Frage untrennbar miteinander verknüpft sind. Doch durch den Vortrag ist noch einmal klar geworden, sie bedingen sich nicht nur gegenseitig. Vielmehr sind die wachsenden sozialen Ungleichgewichte, die wachsenden Ungerechtigkeiten eine Hauptursache für unsere Probleme hierzulande und international. Wir müssen uns klar machen, die Verringerung dieser Ungleichgewichte ist die zentrale Voraussetzung, damit Menschen nachhaltiger leben können. Damit Nachhaltigkeit mehr ist, als nur eine x-beliebige Floskel, die man überall dort nutzt, wo es gerade passt. Das heißt, die These muss eigentlich lauten: Die stetig und rasch zunehmenden Ungleichgewichte sind die Ursache für unsere Probleme.

Damit haben wir eine Klammer gefunden, die Gewerkschaften, Kirchen und Umweltbewegung zusammenbringt zu einer neuen Qualität. Für diejenigen, die sich mit sozialen Fragen schon länger und intensiver beschäftigen, ist das vielleicht klarer als für jemanden, der aus der Umwelt- und Naturschutzbewegung kommt. Von daher ist es besonders wichtig, gemeinsam die Wachstumslüge zu demaskieren, genauso wie die Nachhaltigkeitslüge, die mit Nachhaltigkeit nichts zu tun hat.

Die Wachstumslüge, die suggeriert, mit Wachstum würden die Gegensätze kleiner, trägt in Wirklichkeit dazu bei, dass die Ausbeutung, die Zerstörung dieser Welt nur noch rascher voranschreiten und die Ungleichgewichte immer größer werden. Damit bekommt auch der angesprochene Punkt, die Demokratie zu stärken, zusätzliches Gewicht: Wir haben gegen die Milliarden Euro und Dollar, die gegen uns eingesetzt werden, nur eine Chance durch die Millionen Menschen, die in der Demokratie zusammenstehen und für sie einstehen.

Deswegen müssen wir dafür kämpfen, damit wir nicht entdemokratisiert werden, gerade jetzt, wo es gilt die Fiskalprobleme zu lösen. Wir müssen demokratischer werden, denn sonst geraten wir noch stärkere Abhängigkeiten von den Finanzmärkten.

Kommt hier ein neues Selbstverständnis der zivilgesellschaftlichen Kräfte zum Ausdruck?

Bei allem Respekt vor der Politik muss man doch erkennen, dass Parteien im Regelfall nicht die Vorhut gesellschaftlicher Veränderungsprozesse sind. Deshalb ist die Zivilgesellschaft mehr denn je gefordert, grenzüberschreitend zu denken und einen Raum im Blick zu haben, für den unsere nationalen Politikerinnen und Politiker nicht gewählt werden. Sie sind nicht gewählt von den Ärmsten der Armen, sie sind nicht gewählt von den kommenden Generationen, sie sind nicht gewählt von den Tier- und Pflanzenarten und Lebensräumen, die auch hier bei uns von politischen Entscheidungen betroffen sind. Letztendlich sind das die Stimmen, die heute hier im Raum versammelt sind.

Ohne Überheblichkeit kann man sagen, es hätte nie eine ökologische Steuerreform gegeben, wenn sie nicht bereits in den 80-er Jahren auch im BUND vorgedacht worden wäre. So hat zum Beispiel der BUND-Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen entscheidende Positionen dazu entwickelt, die dann auch Eingang gefunden haben in die Politik.

Das heißt nicht, dass die Umweltverbände jetzt behaupten, sie seien das Maß der Dinge, sicher werden Gewerkschaften und Kirchen das auch nicht sagen. Aber wir sind freier von Systemzwängen, in denen sich die Politik zweifelsfrei befindet. Alle vier Jahre muss sie sich zur Wahl stellen, deshalb braucht sie kurzfristige Erfolge. Auch der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier braucht einen kurzfristigen Erfolg und deswegen sagt er, in einem halben Jahr muss er irgendein Energiewendebündnis vorstellen.

Deshalb ist es notwendiger denn je, diesen gesellschaftlichen Transformationsprozess mitzugestalten. Und zwar in dem Wissen, dass wir uns schon in der Transformation befinden. Wir müssen uns jetzt aktiv einschalten und sagen, was wie und in welche Richtung bei dieser Transformation laufen soll. Und wir müssen dann diejenigen offen benennen, die diesen neuen Transformationsprozess im ökologischen und im sozialen Bereich torpedieren.

Bleiben wir bei dem Beispiel der Energiewende: Eine der größten Lügen, mit denen wir gegenwärtig konfrontiert sind, ist die permanente Behauptung, die Energiewende scheitere am Widerstand der Bürger gegen neue Stromleitungen.

Da drängt sich die Frage auf, wo wir als Umweltverband es jemals geschafft hätten, eine Leitung mit 380 oder 220 KV von einem Gericht stoppen zu lassen? Es gibt dafür leider kein Beispiel. Und zwar deshalb, weil wir auch hier weitgehend rechtlos gemacht wurden durch die Beschleunigungsgesetzgebung, die grundlegende Bürgerrechte ausgehebelt hat.

Trotzdem wird permanent gesagt, die Energiewende scheitere am fehlenden Leitungsbau. Warum? Weil es ganz andere Interessen gibt, die die Energiewende zu blockieren, da sie an die Milliarden erträge der großen Konzerne geht. Deswegen wird versucht, die Energiewende kaputt zu machen.

In die gleiche Richtung zielt das Gerede über die soziale Frage. Nach dem Motto: Die Ärmsten der Armen können sich den Strom dann nicht mehr leisten. Wer hat denn die Konzepte entwickelt, Hilfe für die Einkommensschwächsten zu geben durch vernünftige Energiesparkkonzepte? Es waren der BUND und die Caritas. Es waren kirchliche Organisationen zusammen mit den Umweltverbänden, mit Gewerkschaften, die sich genau um diese Frage gekümmert haben. Auf Bayerisch gesagt: das macht mich „narrisch“. Wer hat die Frage der sozialen Verträglichkeit damals gestellt, als sich die Strompreise von 2000 bis 2010 fast verdoppelt haben? Als es nur darum ging, die Kassen von EON, RWE, NBW und Vattenfall zu füllen, wurde diese Frage von Betreibern und Politik nie gestellt.

Das ist eine der Motivationen, warum wir so engagiert sind, nicht nur bei diesem Kongress, sondern auch bei dem gesamten Prozess der Transformation. Wir brauchen die Gewerkschaften, wir brauchen die Kirchen, weil sie in sozialen Fragen höhere Glaubwürdigkeit und Kompetenz besitzen als die Umweltverbände. Deshalb ist diese Zusammenarbeit so überlebensnotwendig für den Transformationsprozess, der wiederum die Voraussetzung ist für die Rettung von uns allen.

Was können wir als BUND vom Kongress mitnehmen?

Das, was wir im Verband zu diskutieren haben und dann vor allem innerhalb des DNR ist die Frage, wie können wir viel stärker als bisher unsere Potenziale an der Basis nutzen, um diesen Prozess der Transformation zu intensivieren? Warum findet eigentlich diese Form der Zusammenarbeit bisher immer nur an der Spitze statt. Warum schaffen wir es nicht, den Gesprächs- und Transformationsprozess nach unten zu bringen?

Das heißt, wir müssen unsere Basis motivieren, die Denkblockaden oder Überlastungsblockaden abzulegen und zu erkennen: Es wird an anderen Stellen ähnlich gedacht, ähnlich empfunden wie bei uns. Wenn es uns gelingt, diese Potenziale zu nutzen, haben wir eine deutlich größere Chance, auch vor Ort Entsprechendes durchzusetzen. Das heißt, wir müssen von oben nach unten und von unten nach oben handeln. Das bedeutet, wir müssen unsere Basis motivieren, sich selbst aktiv in die Gestaltung des Transformationsprozesses einzubringen und mit den anderen beteiligten Gruppen zusammenzuarbeiten. Wir hatten – angestoßen von Michael Müller – in den letzten 2,5 Jahren eine intensive und zum Teil kontroverse Diskussion im DNR genau zu dieser Frage. Die Erkenntnis daraus ist die, wir müssen zu einer kritischen Wachstumsdebatte in der Öffentlichkeit kommen. Das heißt auch zwischen uns, und wir dürfen nicht länger um diese Frage herumlavieren. Wir müssen uns viel aktiver einmischen auch in aktuelle Wachstumsdebatten. Zurzeit hören wir von allen Seiten die Forderung wachsen, wachsen, wachsen – völlig egal was. Das ist so banal, dass man sich gar nicht damit auseinandersetzen mag. Aber wir müssen viel stärker als bisher definieren, was soll wachsen und was nicht, was soll schrumpfen und was muss schrumpfen.

Der Ausstiegsbeschluss aus der Atomenergie bedeutet nicht nur, die Atomkraftwerke werden abgeschaltet. Sondern alles, was damit verbunden ist, wird deutlich reduziert werden. Aber was muss stattdessen wachsen? Ich glaube, wir gewinnen dann an Kraft, wenn wir zu dieser differenzierten Wachstumsdebatte kommen. Ich glaube auch, dass wir dies durchaus in einzelnen Sektoren unterschiedlich diskutieren müssen. Stichwort: Qualität von Arbeitsplätzen.

Mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) sind wir uns sicher einig, dass wir Arbeitsplätze in den Großschlachthöfen in Deutschland nicht wollen, Arbeitsplätze von überwiegend ausländischen Arbeitnehmern, die weit unter Tariflohn bezahlt werden. Und wir sind uns sicher einig, dass wir auch die Strukturen, die diese Arbeitsplätze nach sich ziehen, nicht haben wollen; das heißt, solche Arbeitsplätze müssen abgebaut und stattdessen Arbeitsplätze in dezentralen Schlachthofstrukturen aufgebaut werden. Hier ist die Steuerung der Politik notwendig.

Dies ist eine völlig neue Debatte, die wir in Deutschland führen: Solche Arbeitsplätze und Strukturen wurden immer begründet mit dem Argument, Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen zu schaffen. Die Debatte bekommt eine völlig neue Qualität, wenn wir klar machen, es werden durch diese zentralen Strukturen unterm Strich wesentlich mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue entstehen. Und das, was an neuen Arbeitsplätzen entsteht, hat einen Standard, der einem angeblichen Hochlohn- und Hochsozialstaat in keiner Weise entspricht: Da werden hinter verschlossenen Türen Tiere aber auch Menschen brutal geknechtet und ausgebeutet – und dies in unserem eigenen Lande. Wenn wir diese Debatte führen, dann haben wir eine ganz andere inhaltliche und argumentative Qualität.